

Limburg: Bundestag will 200-Milliarden-Fonds für das Klima auf den Weg bringen

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 12. Mai 2022 um 10:49 Uhr

Auch das Weserbergland profitiert

Limburg: Bundestag will 200-Milliarden-Fonds für das Klima auf den Weg bringen

Donnerstag 12. Mai 2022 - **Berlin / Hameln / Holzminden (wbn). Für den Kampf gegen die Klimakrise und für die Versorgung mit preiswertem Strom aus Erneuerbaren Energien will der Bundestag einen 200 Milliarden Euro Klima- und Transformationsfonds auf den Weg bringen.**

Darauf hat heute der heimische Bundestagsabgeordnete der Grünen, Helge Limburg, hingewiesen.

Fortsetzung von Seite 1

So soll der Ausbau Erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz zügig vorangetrieben werden. "Sowohl die ausgetrockneten Böden als auch die Preisexplosionen durch Putins fossile Energieimporte zeigen, wie dringend wir handeln müssen. Deshalb stimme ich für einen Klima- und Transformationsfonds, mit dem auch bei uns der Klimaschutz bis 2026 nochmal beschleunigt wird", sagt der grüne Bundestagsabgeordnete Helge Limburg.

Das in der Ampel-Regierung vereinbarte Ziel, die Stromversorgung bis zum Jahr 2035 nahezu vollständig auf Erneuerbaren Energien umzustellen, bedeute auch, Menschen dauerhaft von hohen Strompreisen zu entlasten. Doch nicht nur dadurch sollen die Menschen im Landkreis Hameln-Pyrmont profitieren. Limburg setzt auch auf Energiegenossenschaften, wie die Energiegenossenschaft Weserbergland, durch welche Windkraft- und Photovoltaikanlagen von Bürgern betrieben werden können. Für ihn zählt hierbei nicht nur der wirtschaftliche Aspekt, sondern auch die Erhöhung der Akzeptanz der Menschen vor Ort solchen Projekten gegenüber

Limburg: Bundestag will 200-Milliarden-Fonds für das Klima auf den Weg bringen

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 12. Mai 2022 um 10:49 Uhr

durch aktives Einbeziehen.

Auch Kommunalpolitik kann sich an dieser Stelle einbringen. "Ich freue mich sehr darüber, dass die rot-grüne Gruppe im Rat der Stadt Hessisch Oldendorf gerade einen Antrag auf den Weg gebracht hat, um weitere Dachflächen öffentlicher Gebäude mit PV-Anlagen auszustatten und auch hier das Betreiben durch Energiegenossenschaften geprüft werden soll", so Limburg.